



Pressemitteilung

Erfurt, 17.12.2021 der Kinderschutzbund Thüringen zeigt Unverständnis über kurzfristige Entscheidung des Bildungsministeriums, die Präsenzplicht an der Schule aufzuheben.

Der Kinderschutzbund Thüringen versteht den hohen Druck, der hinter den politischen Entscheidungen in Bezug auf Maßnahmen in der Pandemie steht. Wir hätten jedoch erneut gewünscht, „dass diese Entscheidungen nicht in der letzten Sekunde gefällt würden“, so Christiane Götze, Vorstand des Kinderschutzbunds Thüringen. Wir haben uns stets für offene Schulen und Kitas ausgesprochen, wenn diese entsprechende Rahmenbedingungen zum Schutz der Kinder wie auch des Personals bieten. Dazu zählen gute Raumkonzepte, Ausweichmöglichkeiten, Ausweitung der Testangebote (die nach den Ferien eingestellt waren), voranbringen der Digitalisierung wie auch Luftfilter für die Gebäude usw.

Hierin hätte aus unserer Sicht bereits im Sommer mehr Ressourcen gelenkt werden müssen. Nun wird erneut Eltern eine Entscheidung abverlangt, die viele von Ihnen vor Zerreißen stellen wird. Sie werden sich auf Diskussionen mit den Kindern einlassen müssen, die in der Kürze der Zeit kaum zu beiderseits anerkannten Ergebnissen führen werden, denn die Planungen zu den Feiertagen sind gemacht. Darüber hinaus sind die Schüler*innen selbst nicht in die Entscheidung einbezogen worden.

Auf der anderen Seite steht das Personal in der Schule, das bisher die schwierige Lage zwischen Gesundheitsschutz, Quarantäne von Kindern und besonders ausgefallenem Lehrpersonal meistern musste und am Limit steht. In diese brisante Lage kommt nun noch mehr Verwirrung und Unplanbarkeit.

Darüber hinaus führen derartige ad hoc Entscheidungen nicht dazu, das Vertrauen in Politik zu stärken. Die Umsetzung des Rechts der Kinder auf Bildung benötigt verlässliche Partner in Politik und Gesellschaft. Diese Sicherheit wird mit dieser Form der Entscheidung nicht gefördert.